

Flüchtlinge: Sporthallen nicht tabu

Stadt spielt Belegung der Ooser Festhalle durch / Geggus: „Die Dinge überrollen uns“

Von Harald Holzmann

Baden-Baden – Unabhängig von der Planung eines Flüchtlingsdorfs auf dem Waldseeplatz arbeitet die Verwaltung auch am Notfallplan für die Unterbringung von Flüchtlingen in Hallen. Priorität hat laut Bürgermeister Michael Geggus die Ooser Festhalle.

Wie berichtet, rechnet die Verwaltung ab sofort mit monatlich 80 neuen Flüchtlingen. Dieser Wert dient derzeit als Planungsgrundlage. Legt man ihn zugrunde, reichen die bestehenden Kapazitäten noch bis Jahresende. Deshalb soll das „Dorf“ auf dem Waldseeplatz ab Januar 150 Flüchtlinge beherbergen. Die planerische Belegung steigt dann, wie Geggus am Montag im Hauptausschuss sagte, monatlich um bis zu 150 Menschen und erreicht im Oktober 2016 die Höchstzahl 1000. Vorgesehen ist

auch, dass die neue Unterkunft in Haueneberstein mit 90 Plätzen im Juli 2016 an den Start geht und ab Dezember 2016 in Neubauten im Aumatt-Areal 150 Menschen leben. Ab Januar 2017 plant die Verwaltung auch mit 400 Plätzen im Heizenacker, ab Sommer 2017 dann mit 40 in Sandweier. Kommt alles so, reichen die Plätze insgesamt bis Juni 2017.

Doch ob es so kommt, kann Geggus nicht sagen. „Wir fahren auf Sicht, die Dinge überrollen uns, es können auch 120 monatlich werden“, sagt er. Deshalb spiele die Verwaltung derzeit auch die mögliche Belegung von Hallen durch. „Wir wollen das zwar vermeiden, weil uns Schul- und Vereinssport wichtig ist“, so der Bürgermeister. Garantien gebe es aber keine. Im Fall der Fälle sei zunächst an die Ooser Festhalle gedacht. Zusammen mit DRK, THW und Feuerwehr mache man sich derzeit Ge-

danken, wie viele Menschen darin untergebracht und wie sie versorgt werden könnten.

Dennoch sagt Geggus: „Ich

brauche den Waldseeplatz. Da heißt keine Maus den Faden ab.“ Andere geeignete Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in großer Zahl gebe es keine im Stadtgebiet. Auch die Klosterwiese sei keine Alternative – unter anderem wegen des feuchten Untergrundes, sagt er.

Geggus kündigt an, dem Gemeinderat am kommenden Montag „noch nicht alle Fragen, aber doch schon einige beantworten“ zu können. Unter anderem hatte er bereits im Hauptausschuss gesagt, dass das Land der Stadt pro untergebrachtem Flüchtling jeweils 18 Monate lang monatlich 736,67 Euro zahle. In diesem Zusammenhang bat Beate Böhlen (Grüne) um Entschuldigung. Sie hatte gegenüber dem BT erklärt, das Land zahle der Stadt rund 1300 Euro pro Monat. „Das stimmt so natürlich nicht“, sagte sie.

◆ **Zum Thema**